

alliance*sud*

Arbeitsgemeinschaft Swissaid | Fastenopfer | Brot für alle | Helvetas | Caritas | Heks | [www.alliancesud.ch](http://www.alliancesud.ch)



## Schlussspurt für die Millenniumsziele: Wo bleibt die Schweiz?

OECD und Multis: Chance für Guidelines mit mehr Biss

Interview mit Gilles Carbonnier: Plädoyer für mehr Kohärenz

## Abgabe für Notvorräte:

### Bundesrat prüft Abschaffung

Seit September 2009 gewährt die Schweiz den ärmsten Ländern einen zoll- und kontingentsfreien Marktzugang für alle Produkte. Dafür hatte sie sich auf der WTO-Ministerkonferenz in Hongkong (2005) starkgemacht. Wie GLOBAL+ berichtete (Winter 2009/10), erhebt sie aber auf gewissen Produkten dennoch eine Abgabe, um Notvorratslager zu finanzieren. Auf eine Anfrage von Nationalrat Luc Barthsat (CVP) antwortet der Bundesrat, er sehe keinen Widerspruch, da die Garantiefondsbeiträge den Abmachungen der GATT-Uruguay-Runde entsprächen. Er betrachtet es nicht als inkohärent, unsere Notvorräte auf Kosten der ärmsten Länder zu finanzieren, da Zollpräferenzen (Entwicklungshilfe) und Garantievorsorge (Landesversorgung) «unterschiedlichen Politikbereichen mit jeweils anderen Zielsetzungen» dienen. Der Bundesrat ist aber bereit, die Abschaffung der Abgaben auf Zucker, Kaffee und Reis (nicht aber auf Speiseölen und -fetten) zu prüfen.

## Open Forum zur Wirksamkeit von Hilfe

bst Zivilgesellschaftliche Organisationen (ZGO) aus aller Welt versammeln sich Ende September 2010 in Istanbul, um das weitere

Vorgehen im sogenannten Open Forum zu klären. In diesem 2009 geschaffenen Forum wird darüber reflektiert, was es braucht, damit die Entwicklungsanstrengungen wirksamer werden. Zentrale Fragen sind, wie die ZGO ihre Wirkung bezüglich Entwicklung erhöhen können und ob es dazu ein globales Regelwerk braucht, ähnlich wie die von 140 Staaten unterzeichnete «Pariser Deklaration über Wirksamkeit der Hilfe». Die Antworten werden in nationalen Konsultationen von «unten nach oben» gesucht. In der Schweiz beteiligten sich gegen 50 Organisationen an der von Alliance Sud organisierten Umfrage. Auf der Grundlage der nationalen Ergebnisse soll in Istanbul ein globaler Konsens gefunden werden.

## Klimaskeptiker im Meinungshoch

Vor allem in den USA und in Grossbritannien haben die Klimaskeptiker Zulauf. Im Frühjahr glaubten in Grossbritannien, nach einer monatelangen Kampagne der Murdoch-Medien, nur noch 26 Prozent, dass eine Klimaerwärmung stattfindet. In den USA gaben Befragte der Klimaerwärmung letzte Priorität in den Aufgaben der Regierung. Auch in Europa und der Schweiz ist es schicker als auch schon, die Klimaerwärmung als Fiktion abzutun. Dazu trü-

gen unter anderem die Pannen im letzten Bericht des Weltklimarats, das Scheitern des Kopenhagener Klimagipfels und der ungewöhnlich kalte Winter in Nordamerika und Europa bei. Das Klima selber funktioniert meinungsunabhängig. Der vergangene Winter war global gesehen der fünf-wärmste der Geschichte.

## Petition gegen Agrotreibstoffe

Über dreissig entwicklungspolitische, landwirtschaftliche und Umweltorganisationen, darunter Alliance Sud, haben eine Petition an Parlament und Bundesrat lanciert. Darin verlangen sie strenge ökologische und soziale Zulassungskriterien für Agrotreibstoffe. «Agrotreibstoffe als Ersatz für Benzin und Diesel dürfen weder direkt noch indirekt zur Vertreibung von Bauernfamilien, zum Abbrennen der tropischen Wälder und zur Verteuerung und Verknappung von Nahrungsmitteln führen», heisst es in der Petition. Bis die neuen Kriterien in Kraft sind, sollen die geplanten Verarbeitungsanlagen in Bad Zurzach und Delémont nicht bewilligt werden. Dort sollen aus mosambikanischer Jatropha bzw. brasilianischem Zuckerrohr Treibstoffe für den Schweizer Markt produziert werden. Unterschreiben Sie die Petition auf [www.petition-agrotreibstoffe.ch](http://www.petition-agrotreibstoffe.ch).

## Impressum

### GLOBAL+

erscheint viermal jährlich.

### Herausgeberin:

Alliance Sud  
Arbeitsgemeinschaft  
Swissaid | Fastenopfer | Brot für alle  
Helvetas | Caritas | Heks  
Monbijoustrasse 31, Postfach 6735, 3001 Bern,  
Tel. 031 390 93 30, Fax 031 390 93 31  
E-Mail: [globalplus@alliancesud.ch](mailto:globalplus@alliancesud.ch)  
[www.alliancesud.ch](http://www.alliancesud.ch)

### Redaktion:

Pepo Hofstetter (ph), Kathrin Spichiger (ks),  
Tel. 031 390 93 34/30

Grafik: c.p.a. Clerici Partner AG, Zürich

Druck: s+z: gutzumdruck, Brig

Auflage: 2500

Einzelpreis: Fr. 7,50

Jahresabo: Fr. 30.–

Förderabo: mind. Fr. 50.–

Inseratpreise/Beilagen: auf Anfrage

Titelseite: Keystone

Die nächste Ausgabe erscheint  
im Oktober 2010.

## Alliance Sud auf einen Blick

### Präsident

Antonio Hautle, Direktor Fastenopfer

### Geschäftsstelle

Peter Niggli (Geschäftsleiter), Kathrin Spichiger,  
Franziska Schai, Postfach 6735, 3001 Bern,  
Tel. 031 390 93 30, Fax 031 390 93 31,  
E-Mail: [mail@alliancesud.ch](mailto:mail@alliancesud.ch)

### Entwicklungspolitik

#### – Entwicklungszusammenarbeit

Michèle Laubscher, Tel. 031 390 93 40,  
[michele.laubscher@alliancesud.ch](mailto:michele.laubscher@alliancesud.ch)

#### – Handel/WTO

Isolda Agazzi/Michel Egger,  
Tel. 021 612 00 95,  
[lausanne@alliancesud.ch](mailto:lausanne@alliancesud.ch)

#### – Internationale Finanzen

Mark Herkenrath, Tel. 031 390 93 35,  
[mark.herkenrath@alliancesud.ch](mailto:mark.herkenrath@alliancesud.ch)

#### – Medienstelle

Pepo Hofstetter, Tel. 031 390 93 34,  
[pepo.hofstetter@alliancesud.ch](mailto:pepo.hofstetter@alliancesud.ch)

#### – Nachhaltige Entwicklung/Gender

Rosmarie Bär, Tel. 031 390 93 32,  
[rosmarie.baer@alliancesud.ch](mailto:rosmarie.baer@alliancesud.ch)

### – Italienische Schweiz

Lavinia Sommaruga, Tel. 091 967 33 66,  
[lavinia.sommaruga@alliancesud.ch](mailto:lavinia.sommaruga@alliancesud.ch)

### Alliance Sud Expertise

Bruno Stöckli, Tel. 031 390 93 33,  
[bruno.stoekli@alliancesud.ch](mailto:bruno.stoekli@alliancesud.ch)

### Bildungsstelle Urs Fankhauser/Marianne Gujer,

Tel. 031 390 93 39, [school@alliancesud.ch](mailto:school@alliancesud.ch)

### Dokumentationszentrum Bern

Flavio Haab/Emanuela Tognola/  
Renate Zimmermann, Tel. 031 390 93 37,  
[dokumentation@alliancesud.ch](mailto:dokumentation@alliancesud.ch)

### Regionalstelle Lausanne

Isolda Agazzi/Michel Egger/Frédéric Russbach,  
Tel. 021 612 00 95/Fax 021 612 00 99,  
[lausanne@alliancesud.ch](mailto:lausanne@alliancesud.ch)

### Dokumentation Lausanne

Line Durussel/Nicolas Derron/Pierre Flatt,  
Tel. 021 612 00 86, [doc@alliancesud.ch](mailto:doc@alliancesud.ch)

### Regionalstelle Lugano

Lavinia Sommaruga/Silvia Carton,  
Tel. 091 967 33 66/Fax 091 966 02 46,  
[lugano@alliancesud.ch](mailto:lugano@alliancesud.ch)



Peter Niggli

## Finanzkrise, zweiter Akt

20 000 Milliarden Dollar haben die Staaten seit 2008 für Bankenrettung und Konjunkturstützung ausgegeben, mit entsprechenden Folgen für ihre Schulden. Die Schwellenländer stellten im Verhältnis zu ihrer Wirtschaftsleistung sogar mehr Gelder zur Verfügung als die Industriestaaten und kamen, nicht zuletzt dank «unterentwickelter» Finanzplätze, erstaunlich gut durch die Krise. Der grosse Aufwand hat den Zusammenbruch des Bankensystems und der Weltwirtschaft verhindert. Vor Monaten gab es Anzeichen, dass die Rezession auch in den Industrieländern überwunden ist und ihre Wirtschaft wieder wächst.

Dann brach die Eurokrise aus. Sie wurzelt in Ungleichgewichten in der Eurozone, die seit ihrem Bestehen existieren. Deutschland finanziert die Leistungsbilanzdefizite schwächerer Euro-Länder mit Krediten und verkauft ihnen dafür seine Überschüsse. Das Wachstum Deutschlands fand zur Hauptsache im Euro-Ausland statt, während eine erzwungene «Zurückhaltung» bei den Löhnen den deutschen Binnenmarkt stagnieren liess.

Etwas Ähnliches geschieht im Weltmassstab. China und andere finanzieren das Doppeldefizit der USA, um dort ihre gewaltigen Überschüsse loszuwerden. Nur gibt es einen wesentlichen Unterschied: Die USA haben eine eigene Währung, die mit der Krise an Wert verlor, weshalb sich das Leistungsbilanzdefizit verringerte. Griechenland nicht. Ihm bleibt die interne Deflation, also die Senkung von Staatsausgaben und Löhnen: ein sicheres Programm für den Absturz in die Depression und anhaltend hohe Schulden.

Im Herbst 2008 haben die meisten Regierungen auf die Finanzkrise «keynesianisch» reagiert, wie die 20 000 Milliarden zeigen. Heute kippen sie in die Orthodoxie zurück. Die OECD empfahl im Mai, aus der Konjunkturstimulierung auszusteigen, die Leitzinsen anzuheben und die Staatsschulden abzubauen. Dies, obwohl sie mittelfristig keine starke Inflation voraussagt, dafür eine anhaltend hohe Arbeitslosigkeit. Das ist eine Art Verallgemeinerung des Griechenlandprogramms für alle. Europas Funktionseliten scheinen eher gewillt, diesen Weg zu beschreiten, als jene der USA. Es sieht so aus, als ob im Jahr, in dem Lateinamerika 200 Jahre Unabhängigkeit von Europa feiert, der alte Kontinent unbedingt seine eigene «verlorene Dekade» erleben möchte, mit ungewissen Auswirkungen auf die Weltwirtschaft und das politisch-soziale Gleichgewicht.

*Peter Niggli, Geschäftsleiter Alliance Sud*

## Aus dem Inhalt



Seite 6



Seite 8



Seite 12

- |   |   |
|---|---|
| <hr/> <p>Entwicklungsländer und Krise</p> <p><b>4 Massive Einbussen</b></p> <hr/> <p>Verhandlungen mit Indien</p> <p><b>5 Stolperstein Industriezölle</b></p> <hr/> <p>Schlussspurt Millenniumsziele</p> <p><b>6 Wo bleibt die Schweiz?</b></p> <hr/> | <hr/> <p>Interview mit Gilles Carbonnier</p> <p><b>8 Plädoyer für mehr Kohärenz</b></p> <hr/> <p>OECD und Multis</p> <p><b>10 Chance für Guidelines mit Biss</b></p> <hr/> <p>Potentatengelder</p> <p><b>12 Die Krux mit den Millionentransfers</b></p> <hr/> |
|---|---|

# Massive Einbussen

**Eine erste Zwischenbilanz zeigt, dass die Entwicklungsländer genauso sehr unter den Folgen der globalen Wirtschaftskrise leiden wie die Industrieländer. Besonders betroffen sind die stark vernetzten Exportländer.**

Die weltweite Wirtschaftskrise ist noch längst nicht überwunden. War bis vor Kurzem von einer baldigen Erholung die Rede, sind die Prognosen seit der dramatischen Verschlechterung der Wirtschaftslage in Griechenland wieder vorsichtiger geworden. Für eine zuverlässige Einschätzung, wie sich die Krise langfristig auf die wirtschaftliche und soziale Lage in den Entwicklungsländern auswirken wird, ist es darum noch zu früh.

Einige internationale Organisationen haben aber erste Bilanzen über das Krisenjahr 2009 veröffentlicht. Die Ergebnisse sind besorgniserregend. Sie zeigen, dass trotz beträchtlicher regionaler Unterschiede die ärmeren Länder im Durchschnitt genauso starke wirtschaftliche Einbussen erlitten haben wie die Industrieländer. Zudem ist die Wirtschaftskrise hier rasch zu einer eigentlichen Armutskrise geworden. Ersten Hochrechnungen der Uno zufolge hat sie im vergangenen Jahr in den Entwicklungsländern bereits 50 bis 80 Millionen Menschen in bitterste Armut gerissen.

## Nord und Süd im Vergleich

Auf den ersten Blick scheinen die Entwicklungsländer vergleichsweise gut durch die globale Rezession gekommen zu sein. Daten der Weltbank zeigen, dass ihr durchschnittliches Wirtschaftswachstum 2009 leicht im Plusbereich lag und sich deutlich von den negativen Zuwachsraten der Industrieländer abhob (siehe Tabelle). Schliesst man die beiden ökonomischen Schwergewichte China und Indien aus, hat die Wirtschaftsleistung der ärmeren Länder jedoch im Durchschnitt fast genauso stark abgenommen wie jene der reichen Industrieländer. Das Pro-Kopf-Einkommen ist nach Einschätzung der Uno nur in 14 Ländern genügend stark gewachsen, um dringend notwendige Fortschritte bei der Armutsbekämpfung zu ermöglichen. Im südlichen Afrika ist das Durchschnittseinkommen erstmals seit zehn Jahren sogar wieder gesunken.

Aufschlussreich ist auch der Vergleich der Wachstumsraten von 2009 mit jenen von 2007. Er zeigt, dass das Wirtschaftswachstum in den Entwicklungsländern letztes Jahr ganze 6,4 Prozentpunkte hinter der Zeit vor der Krise zurückgeblie-

ben ist. Ohne China und Indien beträgt der Unterschied sogar 8,9 Punkte, in den Industrieländern hingegen «nur» 5,9. Die Wachstumsverluste gegenüber der Zeit vor der Krise sind im globalen Süden also deutlich ausgeprägter als in den Ländern, in denen die Krise ihren Ausgang genommen hat. Trotzdem haben zahlreiche Industrieländer, darunter auch die Schweiz, die Krise zum Anlass genommen, den dringend notwendigen Ausbau der Entwicklungshilfe auf die lange Bank zu schieben oder die Ausgaben sogar zu kürzen.

## Der Preis der Weltmarktintegration

Besonders stark von der Krise betroffen sind jene Entwicklungsländer, die in den vergangenen Jahren den Rezepten des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank folgten und ihre Wirtschaften auf die Exportproduktion ausländischer Grosskonzerne trimmten. In Lateinamerika zum Beispiel sind die Güter- und Dienstleistungsexporte, die vorwiegend in die USA gehen, 2009 um mehr als 11 Prozent eingebrochen, die Nettozuflüsse ausländischer Direktinvestitionen sogar um 21 Prozent. In den exportorientierten ostasiatischen Entwicklungsländern haben nur das umfangreiche Konjunkturprogramm und die relativ konstante Importnachfrage Chinas ähnlich hohe wirtschaftliche Einbussen wie in Lateinamerika verhindern können.

Eine wichtige Lehre aus der Krise ist denn auch, dass die Entwicklungsländer nicht länger zu einer stärkeren Integration in die Weltwirtschaft gezwungen werden sollten. Man müsste sie vielmehr dabei unterstützen, die Einkommen gerechter zu verteilen und ihre Binnenmärkte zu stärken. Das macht sie krisenresistenter und fördert ihre soziale Entwicklung und die Überwindung von Armut ungleich mehr.

Mark Herkenrath

## Wachstumsraten des Bruttoinlandprodukts (in %)

	2007	2009	Differenz
<b>Welt</b>	<b>3,9</b>	<b>-2,2</b>	<b>-6,1</b>
Länder mit hohem Einkommen	2,6	-3,3	-5,9
Entwicklungsländer	8,1	1,2	-6,9
Ohne China und Indien	6,2	-2,2	-8,4
Lateinamerika und Karibik	5,5	-2,6	-8,1
Mittlerer Osten und Nordafrika	5,9	2,9	-3,0
Osteuropa und Zentralasien	7,1	-6,2	-13,3
Subsaharisches Afrika	6,5	1,1	-5,4
Südasien	8,5	5,7	-2,2

Quelle: Weltbank, Global Economic Prospects 2010

# Industriezölle als Stolperstein

**Die Verhandlungen zwischen der Schweiz und Indien für ein Freihandelsabkommen sind blockiert. Der Grund ist die Forderung der Schweiz, den Handel mit Industriegütern völlig zu liberalisieren. Die indische Regierung und der indische Industriellenverband lehnen sie ab, weil dies viele kleine Betriebe bedroht.**

«Einige Sektoren der indischen Wirtschaft sind erst in Entwicklung. Sie brauchen Zeit, bis sie gegenüber der ausländischen Konkurrenz bestehen können. Wenn wir die Märkte schon jetzt liberalisierten, wären sie nicht konkurrenzfähig», sagt Pritam Banerjee, Leiter des Bereichs Handel und Politik der Confederation of Indian Industry (CII), im Gespräch mit Alliance Sud. «Es handelt sich vor allem um Firmen der Branchen Chemie, Maschinenbau, Lebensmittelindustrie sowie um Zulieferbetriebe, etwa von Autobestandteilen. In Indien sind hier viele mittlere und kleine Unternehmen aktiv. Sie beschäftigen viele Menschen und würden bei einer raschen Marktöffnung mit voller Wucht getroffen.»

Die Confederation of Indian Industry ist der wichtigste Dachverband der indischen Industrie. 1895 gegründet, zählt er heute 8100 Organisationen als Mitglieder, die ihrerseits 90 000 Firmen repräsentieren: viele kleine und mittlere Betriebe, aber auch alle grossen Gruppen und multinationalen Industriekonzerne des Landes.

## Umstrittene Produkteliste

Die Schweiz verhandelt seit 2008 im Rahmen der Europäischen Freihandelszone (Efta) mit Indien über ein Freihandelsabkommen. Kurze Zeit später nahm auch die EU Verhandlungen auf. War für Indien ursprünglich die Efta prioritär, scheint das Abkommen mit der EU heute wichtiger zu sein. Der grosse EU-Markt ist für die indische Wirtschaft attraktiver.

Ein Pferdefuss bei beiden Verhandlungen ist die Liberalisierung der Märkte für Industriegüter. Im September 2009 präsentierte Indien der Schweiz eine Liste mit Produkten, die von Zolllenkungen ausgenommen werden sollten. Sie machen rund 30 Prozent des Industriegüterhandels zwischen den beiden Ländern aus und betreffen vor allem die Sparten Chemie, Maschinen und Uhren.

Seither sind die Gespräche blockiert. Pritam Banerjee: «Grundsätzlich stehen wir Freihandels-

## Zölle bringen Geld

*cb/ia* 2009 importierte die Schweiz aus Indien Industriegüter im Wert von 728 Millionen Franken. Sie selber exportierte Produkte im Wert von über 2 Milliarden Franken ins südasiatische Land. Auf den Importen erhob sie einen Einfuhrzoll von durchschnittlich 2 Prozent, was 8,2 Millionen Franken einbrachte. Die Zölle auf Textilien und Bekleidung, für Indien sehr wichtige Produkte, betragen zwischen 9 und 13 Prozent. Indien schlug auf Industriegüter einen Importzoll von durchschnittlich 10 Prozent; die Einfuhren aus der Schweiz brachten so rund 200 Millionen Franken ein.

Das Freihandelsabkommen will die Zölle völlig beseitigen, wobei Indien von einer längeren Übergangsfrist profitieren würde. Dieser Zollabbau bedroht nicht nur die jungen, wenig wettbewerbsfähigen indischen Industrien (siehe Hauptartikel). Er würde auch ein Loch in die Staatskasse reissen. Seit der Einführung der neuen, liberalen Wirtschaftspolitik 1991 sind die Zolleinnahmen gegenüber andern Gebühren um 12 Prozent zurückgegangen. Aber sie machten 2008/09 immer noch 11,4 Prozent der indischen Staatseinnahmen aus.

abkommen positiv gegenüber. Sie bringen uns einen besseren Zugang zu den Märkten der Industrieländer. Wir sind vor allem daran interessiert, Dienstleistungen (Informatik, qualifizierte Arbeitskräfte, Buchhaltung und Recht) sowie Textilien und Manufakturwaren zu exportieren. Unsere Landwirtschaft und unsere Industrie hingegen möchten wir schützen.»

## Industriezölle als Joker?

Die harte Haltung Indiens bei den Industriegütern entspringt gewiss der Sorge um ihre noch jungen Industrien. Sie könnte aber auch als Joker dienen, um in einem anderen Dossier Zugeständnisse herauszuholen, das dem Land ebenfalls sehr am Herzen liegt und wo die Schweiz mit beiden Füßen auf der Bremse steht: beim freien Personenverkehr.

Wird die indische Regierung auf ihrer Position beharren? «Das ist schwierig vorauszusagen», räumt Pritam Banerjee ein. «Aber sie kann sich auch nicht einfach über die Forderungen mächtiger Interessengruppen wie die der Bauern und der Industriellen hinwegsetzen. Die von der indischen Regierung erarbeitete Ausnahmeliste ist das Resultat von mehreren Treffen mit Geschäftsleuten, Bauern, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen», erklärt der indische Industrievertreter.

Isolda Agazzi

# Die Schweiz ist auf allen Ebenen gefordert

Michèle Laubscher **Im September bilanziert ein Uno-Gipfel zehn Jahre Millennium-Entwicklungsziele (MDGs) und diskutiert Massnahmen, um sie bis 2015 weitgehend zu erreichen. Gefordert ist auch die Schweiz, die den Uno-Anlass präsidiert, deren MDG-Leistungsausweis jedoch mager ist.**

Auch wenn die bisherige Bilanz durchzogen sei, blieben die Millenniumsziele erreichbar, schreibt Uno-Generalsekretär Ban Ki-Moon in seinem Bericht «Keeping the promise» («Das Versprechen halten») zu Händen des Uno-Gipfels vom September. Dazu brauche es aber gewaltige Anstrengungen von allen Seiten.

Viele Entwicklungsländer haben sich zu wenig auf die Armutsbekämpfung konzentriert, zahlreiche Industrieländer haben weder ihre Hilfe genügend erhöht noch glaubwürdig an besseren Rahmenbedingungen für Entwicklung gearbeitet. Globale Krisen (Finanz- und Wirtschaftskrise, Nahrungsmittelkrise, Klimawandel), im Norden verursacht, haben Erfolge im Süden zunichte gemacht (vgl. nebenstehenden Artikel).

Gefordert ist auch die Schweiz. Sie hat zwar einiges für die MDGs unternommen. So investiert sie mehr als andere Länder in die ländliche Entwicklung und trägt so zur Bekämpfung des Hungers (MDG 1) bei. Ihre praxisorientierte Zusammenarbeit mit lokalen Behörden und der Zivilgesellschaft führt zu Erfolgen, wie das Beispiel Wassersektor (MDG 7) zeigt. Trotzdem fällt die Zwischenbilanz gemischt aus.

## Entwicklungshilfe zu wenig ausgebaut

Erstens hat die Schweiz ihre Entwicklungszusammenarbeit nur minimal erhöht. Zwar weist sie seit 2000 eine Steigerung von 1,5 auf 2,5 Milliarden Franken aus (+64 Prozent). Doch das trägt, denn damals wurden, anders als heute, weder die Kosten für Asylsuchende im Inland noch sämtliche Schuldenerlasse mitgerechnet. Ohne diese Ausgaben wäre die Schweiz 2009 nicht bei 0,47 Prozent des Bruttonationaleinkommens angelangt, sondern bei 0,36 Prozent (2000: 0,34 Prozent). Aufschlussreich ist ein Blick auf die Ausgaben für die Hilfe im Süden, im Osten und die humanitäre Hilfe: Sie stiegen seit 2000 bloss um 363 Millionen Franken (+27 Prozent).

---

*«Die Schweiz verteidigt ihre Wirtschaftsinteressen ohne Rücksicht auf die Entwicklungsländer.»*

## Armutsorientierung schwindet

Zweitens reserviert die Schweiz seit Jahren bloss ein Viertel der gesamten Hilfe für die ärmsten Länder. Zudem erweiterte sie 2008 den Aufgabenkreis der Entwicklungszusammenarbeit, ohne ihr zusätzliche Mittel zu geben. Neu soll sie nicht nur die Armut bekämpfen, sondern auch zu einer «entwicklungsfreundlichen Globalisierung» beitragen. Dadurch rücken die MDGs in den Hintergrund.

Zwei Beispiele: Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) konzentriert sich bei den MDGs auf ihre bilateralen Schwerpunktländer, die zu den ärmsten der Welt zählen. Sie vernachlässigt diese Länder aber. Nur in vier Fällen investiert sie tatsächlich jene 20 Millionen Franken pro Jahr, die sie in der Südbotschaft 2009 selber als Minimum bezeichnet, um einen wirksamen Beitrag zu den MDGs leisten zu können. Im Gegenzug intensiviert sie unter dem Titel «entwicklungsfreundliche Globalisierung» die Zusammenarbeit mit Schwellenländern wie China oder Brasilien, etwa im Rahmen des neuen Globalprogramms Klima mit einem Jahresbudget von 20 Millionen Franken.

Unter dem gleichen Titel verabschiedet sich das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) aus den ärmsten Ländern, um sich auf fortgeschrittene Entwicklungsländer zu konzentrieren, mit denen die Schweiz vertiefte Handelsbeziehungen sucht. Es begründet die Neuausrichtung damit, auch in diesen Ländern gelte es, die Armut zu bekämpfen. Doch seine Wirtschaftshilfe leistet hier wenig, denn sie lässt Randregionen, Kleinstbetriebe und Frauen links liegen.

## Schwache entwicklungspolitische Kohärenz

Schliesslich hat die Schweiz sehr wenig unternommen, um ihre Gesamtpolitik so zu gestalten, dass sie die soziale und wirtschaftliche Entwicklung armer Länder und ihrer Menschen nicht behindert. Fortschritte gab es bei der Rückerstattung von sogenannten Potentatengeldern und beim Import von Gütern aus den ärmsten Ländern, der keinen Zöllen und Kontingenten mehr unterworfen ist.

Doch sonst bewegte sich in der entwicklungspolitischen Kohärenz wenig bis nichts. Auf multilateraler und bilateraler Ebene verteidigt die Schweiz nach wie vor ihre Wirtschaftsinteressen ohne Rücksicht auf die Entwicklungsländer. Beim



**Köpfe wechseln, die Verpflichtung bleibt: Alliance Sud erinnert den Bundesrat an seine Unterschrift unter die Uno-Millenniumsziele (2008).**

Patentschutz behindert sie den Zugang zu Arzneimitteln und schränkt Kleinbauern bei der Nutzung von Saatgut ein. Sie verlangt die Liberalisierung des Handels mit Industriegütern und ignoriert dabei die grosse Bedeutung der Importzölle für Entwicklungsländer, die Mittel für die Armutsbekämpfung generieren und den Aufbau von nationalen Industrien und Arbeitsplätzen fördern (vgl. Artikel S. 5).

Bei den jüngsten Fortschritten in der internationalen Steuerpolitik der Schweiz (Amtshilfe, Informationsaustausch) müssen die Entwicklungsländer hinten anstehen. Sie verlieren wegen Steuerflucht und Steuerhinterziehung weiterhin Einnahmen in Milliardenhöhe. Auch die Schweizer Einwanderungspolitik kommt ihnen keinen Schritt entgegen, sondern schliesst die Grenzen für Menschen aus dem Süden. In den internationalen Finanzierungsinstitutionen sperrt sich die Schweiz dagegen, den Schwellen- und Entwicklungsländern deutlich mehr Einfluss zu sichern und jene Bedingungen für Darlehen zu lockern, die den wirtschaftspolitischen Spielraum begrenzen.

### Drei Hausaufgaben für die Schweiz

Um einen gezielten Beitrag im Schlusspurt der Millenniumsziele zu leisten, muss die Schweiz viel anpacken:

- Es braucht deutlich mehr Mittel. Vordringlich ist, als erster Schritt, eine rasche Erhöhung der Entwicklungszusammenarbeit auf 0,5 Prozent des BNE. Die zusätzlichen Mittel sollten gezielt zugunsten der ärmsten Länder und der benachteiligsten Bevölkerungsgruppen, insbesondere Frauen und indigene Völker, eingesetzt werden.
- Es sind rasche Massnahmen nötig, um die entwicklungspolitische Kohärenz zu verbessern (vgl. Seite 8). Insbesondere muss die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern in Steuerfragen verbessert und die Steuerhinterziehung durch reiche Einzelpersonen und Konzerne bekämpft werden.
- Die Verwirklichung der Menschenrechte gehört ins Zentrum der Entwicklungszusammenarbeit, aber auch der Politik der Schweiz in multilateralen Organisationen und bei internationalen und bilateralen Verhandlungen.

Weitere Beiträge zu den Millenniumszielen siehe [www.alliancesud.ch](http://www.alliancesud.ch).

### Zehn Jahre MDGs

## Durchgezogene Bilanz

2000 vereinbarten alle Uno-Mitgliedstaaten acht Millennium-Entwicklungsziele (MDGs). Sie sollen bis 2015 die schlimmste Armut und den Hunger halbieren, allen Kindern die Primarschule garantieren, die Stellung von Frauen und Mädchen fördern, die Kinder- und Müttersterblichkeit reduzieren, HIV/Aids, Malaria und Tuberkulose stoppen sowie den Zugang zu Trinkwasser und sanitären Anlagen verbessern. Im MDG 8 verpflichteten sich die Industrieländer, den armen Staaten dabei zu helfen: mit grosszügigen Schuldenerlassen, mehr und besserer Entwicklungshilfe und einem gerechteren Handels- und Finanzsystem.

Zehn Jahre später zieht Uno-Generalsekretär Ban Ki-Moon eine durchgezogene Bilanz. Bei der Einkommensarmut, der Einschulung von Kindern und dem Zugang zu Trinkwasser wurden teils beachtliche Erfolge erzielt. Bei der Müttersterblichkeit, der Versorgung mit sanitären Anlagen und der Gleichstellung hingegen hapert es gewaltig. Die Zahl der Hungernden ist 2009 wieder auf über 1 Milliarde angestiegen. Besonders prekär ist die Lage in vielen afrikanischen Ländern, vor allem in jenen mit Konflikten. Doch auch sie verzeichnen Fortschritte, obschon sie von einem viel tieferen Niveau als andere Länder ausgingen.

Schlecht sieht es bei MDG 8 aus: Die WTO-Handelsrunde, die dem Süden Verbesserungen bringen sollte, ist blockiert. Die Entwicklungshilfe wurde nicht auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens erhöht: 1992 lag sie bei durchschnittlich 0,44, 2009 bei 0,48 Prozent. Nur ein Drittel der Mittel floss in die ärmsten Länder. Schliesslich haben von den reichen Ländern verursachte Krisen (Finanz- und Wirtschaftskrise, Nahrungsmittelkrise, Klimawandel) Erfolge bei den MDGs wieder rückgängig gemacht.

*Pepo Hofstetter*

[www.un.org/millenniumgoals/](http://www.un.org/millenniumgoals/)

# Ein «Wachhund» für mehr Kohärenz

Im Millenniumsziel 8 verpflichten sich die Industrieländer, die Entwicklungsländer bei der Umsetzung der Millenniumsziele tatkräftig zu unterstützen. Das impliziert nicht nur mehr und bessere Entwicklungszusammenarbeit, sondern eine kohärentere Gesamtpolitik gegenüber dem Süden. Gilles Carbonnier, Professor am Institut de Hautes Etudes Internationales et du Développement (IHEID) in Genf, sieht bei der Kohärenz der Schweizer Politik grossen Handlungsbedarf.



Foto: IHEID

## Wie bewerten Sie den Beitrag der Schweiz zugunsten der Millenniumsziele?

Gilles Carbonnier: Es gibt drei Dimensionen: den finanziellen Beitrag, die Qualität der Entwicklungszusammenarbeit und die Kohärenz der Gesamtpolitik. Finanziell gibt die Schweiz heute zwar mehr für Entwicklungshilfe aus. Bei genauerem

Hinsehen stellt man allerdings fest, dass dies nicht primär den Millenniumszielen zugute kommt. Die Erhöhung geht vor allem darauf zurück, dass die Betreuung von Asylsuchenden im Inland und Entschuldungsmassnahmen als Hilfe angerechnet werden. Hier muss die Schweiz einen speziellen Effort leisten. Sie sollte, als erster Schritt, ihre Hilfe auf 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens erhöhen und gleichzeitig dafür sorgen, dass das zusätzliche Geld tatsächlich für die Millenniumsziele eingesetzt wird.

## Die Qualität ihrer Entwicklungszusammenarbeit stimmt?

Die Qualität der Schweizer Zusammenarbeit ist relativ gut. Sie hat zum Beispiel richtigerweise ihre Programme in der Landwirtschaft weitergeführt, während andere Geber diese vernachlässigten. Die bilaterale Schweizer Hilfe verfügt über spezifische Stärken, die beibehalten werden sollten. Heute wird vor allem über den Anteil diskutiert, der in die multilaterale Zusammenarbeit fliessen soll. Für mich ist klar: Die grossen globalen Herausforderungen müssen multilateral angegangen werden. Es scheint mir künstlich, wenn man den Anteil der multilateralen Hilfe plafonieren will.

## Weniger rosig sieht es mit der Kohärenz der Schweizer Politik aus.

Es gibt hier, wie bei anderen Geberländern auch, einen grossen Handlungsbedarf. Denn die Wirksamkeit der Hilfe hängt sehr stark davon ab, was man in anderen Politikbereichen, die sich auf die armen Länder auswirken, tut. Beispiel Agrarpolitik: Jede noch so massive Unterstützung der Landwirtschaft von armen Ländern macht wenig Sinn, wenn deren Bauern und Bäuerinnen

ihre Produkte nicht exportieren können oder wenn sie im eigenen Land wegen der Exportsubventionen der Industrieländer keinen vernünftigen Preis erzielen können.

## Sie sehen in der Landwirtschaftspolitik das grösste Kohärenzproblem der Schweiz?

Nein. Es gibt verschiedene Bereiche, in denen die Politik widersprüchlich ist und in Konflikt gerät mit den Zielen der Entwicklungspolitik, insbesondere der Armutsbekämpfung. Die Landwirtschaftspolitik und die Agrarhandelspolitik sind wichtig. Aber ich verfüge nicht über die nötigen Grundlagen, um sagen zu können, sie seien wichtiger als die Politik der Schweiz bei der Migration, beim Patentschutz, bei der Klimaerwärmung, der Waffenausfuhr, dem Finanzplatz oder anderem. Es gibt Studien, die zeigen, dass es Kohärenzprobleme gibt. Hingegen fehlen bisher vertiefte Untersuchungen, die rigoros die Folgen dieser oder jener Politik aufzeigen würden.

## Trotz des Wissens um diese Widersprüche passierte bisher wenig.

1994 spielte die Schweiz mit der Verabschiedung des Nord/Süd-Leitbildes international eine Pionierrolle. Der Bundesrat legte darin die Leitlinien für eine Entwicklungspolitik fest, welche nicht nur die Entwicklungszusammenarbeit, sondern die Gesamtheit der Beziehungen mit dem Süden umfasste. Damals konnte man stolz sein auf das Land. Doch dann ist die Schweiz eingeschlafen, während andere Länder, vor allem Nordeuropas, konkrete Schritte unternahmen, um die Kohärenz zu verbessern.

«Dann ist die Schweiz eingeschlafen, während andere Länder konkrete Schritte unternahmen, um die Kohärenz zu verbessern.»



Foto: Keystone

**Mangel an Kohärenz: Die Schweiz fordert einen rigiden Patentschutz für Medikamente und behindert so in armen Ländern den Zugang zu Gesundheit. (Im Bild: Tablettenverpackung bei der Novartis-Tochter Sandoz)**

**Hier wäre die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) gefordert.**

Nehmen wir die Migrationspolitik, bei der es komplexe Kohärenzprobleme gibt. Dass die Deza neu über ein Globalprogramm Migration verfügt, ist vielversprechend. So kann sie ihre Kompetenzen und ihr Verständnis des Zusammenhangs zwischen Migration und Entwicklung verbessern und auf eine schweizerische Migrationspolitik hinarbeiten, welche den armen Ländern besser gerecht wird. Man muss sich aber fragen, ob es nicht eine zusätzliche Instanz bräuchte, die sich um Kohärenzfragen kümmert. Sie müsste in der Verwaltung gegenüber den verschiedenen Ämtern über eine starke Stellung verfügen.

**Eine Art Wachhund, der systematisch die «Entwicklungsverträglichkeit» der Schweizer Süd-Politik überprüft?**

Die Stelle müsste die entwicklungspolitischen Folgen von neuen Gesetzen, Verordnungen und Mandaten bei internationalen Verhandlungen analysieren und zuhanden des Parlaments erläutern. Das würde eine echte öffentliche Debatte über Kohärenzprobleme ermöglichen. Schweden und Deutschland haben kürzlich einen solchen Mechanismus eingeführt. In der Schweiz kennen wir ihn für die EU: Jedes neue Gesetz wird auf seine EU-Kompatibilität geprüft. Warum nicht dasselbe für die «Entwicklungsverträglichkeit» einführen?

*Das Gespräch führten Michèle Laubscher und Pepo Hofstetter.*

### **Warum diese Passivität?**

Vielleicht liegt es am politischen System mit seinen vielen Konsultationsmechanismen innerhalb der Verwaltung und der Regierung. Bei uns wird das Problem eher technisch, unter Fachspezialisten, diskutiert. In Holland, Norwegen oder Schweden wird das Thema Kohärenz systematisch auf der politischen Ebene debattiert.

Ein weiteres Problem: Die Betroffenen, jene, die von mehr Kohärenz profitierten, sind in der Schweiz nicht stimmberechtigt und können sich nicht direkt äussern. Das im Gegensatz zu andern Interessenvertretern wie die Wirtschaft oder die Bauern. Entwicklungspolitische Organisationen wie Alliance Sud haben hier eine wichtige Rolle zu spielen, sie müssen die Stimme der Ärmsten einbringen.

Wichtig ist auch, konkrete Mechanismen vorzusehen, welche die Kohärenz verbessern.

### **Haben Sie konkrete Vorschläge?**

In der Schweiz gibt es bei den betroffenen Stellen kaum Klarheit, wer die Kohärenz wie verbessern könnte. In den erwähnten europäischen Ländern ist das anders. Sie verfügen über eine Stelle oder Kommission, die bei Gesetzesberatungen und politischen Entscheidungen über die entwicklungspolitische Kohärenz wacht. Aber dazu braucht es auch praktische Kompetenz: Wie kann man die Politik am besten beeinflussen, wie die Entwicklungsinteressen einbringen? Die staatlichen Entwicklungsagenturen haben sich in der Vergangenheit kaum darum gekümmert, es lag gewissermassen nicht in ihren Genen.

## **Viele Wege führen zum Ziel**

*ml* Entwicklungspolitische Kohärenz lässt sich mit unterschiedlichen Mechanismen verbessern. Norwegen setzte 2006 eine unabhängige Kommission ein, die Zielkonflikte in verschiedenen Politikbereichen analysiert und Empfehlungen formuliert. Seit 2002 überprüft ein Amt des niederländischen Aussenministeriums, wie sich die Politiken des Landes und der EU auf Entwicklungsländer auswirken, und erarbeitet gemeinsam mit anderen Ministerien die niederländischen Positionen für Verhandlungen in- und ausserhalb der EU.

Am weitesten geht Schweden, wo 2003 ein Gesetz die Verantwortung für die Kohärenz allen Ministerien zuweist. Sie müssen selber dafür sorgen, dass ihre Politiken zur Entwicklung armer Länder beitragen, und Lösungen für Zielkonflikte finden. Die Regierung legt jedes Jahr dem Parlament Rechenschaft über die erreichten Fortschritte ab und bestimmt die künftigen Prioritäten.

# Chance für Leitsätze mit Biss

Michel Egger **Die OECD verfügt über soziale und ökologische Leitsätze für multinationale Firmen. Sie sind mangelhaft und unverbindlich formuliert, aber dennoch das bisher wichtigste offizielle Normensystem für Multis. Ihre Revision bietet Gelegenheit, die schlimmsten Schwächen auszumerzen und die Schweizer Kontaktstelle aufzuwerten.**

Im August 2001 walzen Bulldozer das Dorf Tabaco im Nordosten Kolumbiens platt, die EinwohnerInnen werden vertrieben. Hinter der illegalen Aktion steckt El Cerrejón, die grösste offene Kohlenmine der Welt. Sie ist zu je einem Drittel im Besitz von BHP Billiton (Australien), Anglo American (Grossbritannien) und Xstrata (Schweiz).

Im Oktober 2007 reicht die Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien (ASK) wegen der Vertreibungsaktion gegen Xstrata eine Beschwerde bei der Schweizer Kontaktstelle ein, welche für die OECD-Richtlinien zuständig ist. Parallel wird in Australien gegen BHP Billiton geklagt. Ziel ist es, einen ausgewogenen, transparenten Verhandlungsrahmen für die betroffene indigene Gemeinschaft (Afro-Kolumbianer) zu schaffen und eine Lösung zu finden, die ihr würdige Lebensbedingungen ermöglicht.

## Flickwerk statt dauerhafte Verbesserungen

Die Federführung übernimmt die australische Kontaktstelle. Die Prozedur dauert bis im Juni 2009, ist kompliziert und für die vertriebene Dorfgemeinschaft frustrierend. Zwar erzeugen die Klagen internationalen Druck und zwingen El Cerrejón, einer unabhängigen Überprüfung ihrer Sozialpolitik zuzustimmen und mit den Vertriebenen ein Abkommen auszuhandeln. Die Umsetzung des Abkommens aber bleibt mangelhaft. Die Lage der Vertriebenen verbessert sich kaum, sie werden nur unzureichend entschädigt. Der Wiederaufbau des Dorfs an anderer Stelle lässt noch immer auf sich warten. Zudem sind vier weitere Gemeinschaften durch El Cerrejón bedroht.

Die Klage gegen Xstrata war nicht die erste, die in Bern eingereicht wurde. Seit 1991 gingen bei der schweizerischen Kontaktstelle zwölf Beschwerden ein, bei acht übernahm die Schweiz den Lead. Die bisher letzte, noch hängige, richtet sich

gegen den Unterwäschehersteller Triumph wegen Massenentlassungen in Thailand und den Philippinen. Die meisten anderen betreffen Gewerkschaftskonflikte in Nestlé-Niederlassungen. Der Fall El Cerrejón/Xstrata ist insofern speziell, als er indigene Gemeinschaften betrifft, die nicht auf die Unterstützung einer internationalen Gewerkschaft zählen können. Er zeigt umso exemplarischer die Mängel der OECD-Leitsätze, die auch vom NGO-Netzwerk OECD Watch und vom Uno-Sonderbeauftragten für Unternehmen und Menschenrechte, John Ruggie, kritisiert werden.

## Wirtschaftsfreundlich und intransparent

Eine erste Schwäche ist, dass die nationalen Kontaktstellen oft nicht unabhängig sind. In der Schweiz ist sie beim Büro für Investitionsförderung (Staatssekretariat für Wirtschaft Seco) angesiedelt und gegenüber dem Parlament nicht rechenschaftspflichtig. Interessenkonflikte sind damit vorprogrammiert, wie El Cerrejón zeigt. «Der Fall wurde abgeschlossen, ohne dass die Seco-Stelle irgendwelchen Druck auf die Firma ausgeübt hätte», sagt Beschwerdeführer Stephan Suhner von der ASK. «Die Kontaktstellen der Schweiz und Australiens haben primär den spärlichen Informationen der Unternehmen geglaubt, obwohl diese wenig kooperativ waren. Die detaillierten Berichte der betroffenen Gemeinschaften nahmen sie kaum zur Kenntnis.»

Ein zweites Problem: Die Prozeduren sind intransparent und langwierig. Erst recht, wenn wie bei El Cerrejón mehrere Länder involviert sind. Schliesslich beschränken sich die Kontaktstellen oft darauf, den Dialog zu fördern, und verfassen wenig aussagekräftige Schlussberichte. Sie berufen sich dabei auf den freiwilligen Charakter der Richtlinien. Im Fall El Cerrejón habe sich die Seco-Stelle sehr passiv verhalten und geweigert, Betroffene anzuhören oder Xstrata aufzufordern, zu Lösungsvorschlägen Stellung zu nehmen, kritisiert ASK-Mann Suhner. «Weil es angeblich nicht über genügend Ressourcen verfüge, lehnte das Seco alle Vorschläge der Kläger wie zusätzliche Treffen mit der Firma, Untersuchungen vor Ort oder ein Schiedsverfahren ab.» Auch habe man nichts vorgekehrt, um die Umsetzung des Abkommens zwischen Mine und Dorfgemeinschaft zu überprüfen.

---

*«Als Heimatstaat von überdurchschnittlich vielen Multis ist die Schweiz speziell gefordert.»*

## Holland und Grossbritannien als Vorreiter

Die Mängel sind nicht nur den Schwächen der Richtlinien zu verdanken, sondern auch dem fehlenden politischen Willen, sie durchzusetzen. Einige Länder gehen engagierter vor und organisieren sich besser. So beziehen elf der 42 Unterzeichnerstaaten bei ihren Kontaktstellen zwei oder mehrere Regierungsstellen ein. Zwölf Länder haben weitere Stakeholders wie Wirtschaftsverbände und NGOs eingebunden.

Das NGO-Netzwerk OECD Watch stellte vor drei Jahren das Modell einer unabhängigen Kontaktstelle vor, die mehrere Akteure einbezieht. Grossbritannien und Holland liessen sich inspirieren. Die britische Stelle wurde grundlegend reformiert und wird heute von zwei Ämtern geführt (Entwicklungszusammenarbeit und Unternehmensförderung). Sie ist einer Steuerungsgruppe rechenschaftspflichtig, mit VertreterInnen aus Parlament, Gewerkschaften und NGOs. Sie publiziert detaillierte Schlussberichte, die Verstösse gegen die Leitlinien festhalten. Holland hat ein Pilotprojekt einer Kontaktstelle gestartet, die hauptsächlich aus unabhängigen ExpertInnen besteht und auch vor Ort Untersuchungen durchführt.

## Schweiz ein Hort von Multis

Diese Initiativen sind vielleicht nicht perfekt. Aber sie zeigen einen Weg, wie die unbefriedigende Situation verbessert werden kann. Die Schweiz täte gut daran, sich ein Beispiel zu nehmen. Als Heimatstaat von überdurchschnittlich vielen Multis ist sie speziell gefordert: Die schweizerischen Direktinvestitionen im Ausland betragen Ende 2009 immerhin 732 Milliarden Dollar<sup>1</sup>. Pro Kopf gerechnet, steht die Schweiz damit nach Hongkong an zweiter Stelle.

Mit der Revision der OECD-Leitlinien bietet sich dem Bundesrat Gelegenheit, die Kontaktstelle zu verbessern. Sie sollte künftig von einer interdepartementalen Stelle geleitet werden, die nicht nur das Seco, sondern auch die Politische Abteilung IV (Menschenrechte) des Aussendepartements und die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) beteiligt und in die auch Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften und NGOs einbezogen sind. Sie sollte gegenüber dem Parlament rechenschaftspflichtig sein und über genügend Ressourcen verfü-

gen, um vor Ort sondieren, Vermittlungsdienste anbieten und die Umsetzung von Vereinbarungen überwachen zu können. Schliesslich sollte sie bei allen Klagen einen substantziellen Schlussbericht erstellen, der klare Empfehlungen enthält und allfällige Verstösse gegen die Leitlinien benennt.

Zum Weiterlesen: [www.oecdwatch.org](http://www.oecdwatch.org)

<sup>1</sup> Schätzung der CIA: *The World Factbook*.

## Vier Reformvorschläge

Die OECD-Leitlinien für multinationale Konzerne sind allgemein und lückenhaft formuliert. Die im Juni ange-laufene Revision bietet Gelegenheit, sie zu verbessern und sozial und ökologisch relevante Aktivitäten von Multis besser zu regeln.

Nach Ansicht von Alliance Sud sollte sich der Bundesrat insbesondere für vier Reformen einsetzen:

- Es braucht ein spezielles Kapitel zu den Menschenrechten, das den vom Uno-Sonderbeauftragten für Menschenrechte John Ruggie geprägten Begriff der Sorgfaltspflicht (*due diligence*) aufnimmt. Dieser verpflichtet Firmen, mögliche negative Folgen ihrer Tätigkeit auf die Menschenrechte zu prüfen, ihnen vorzubeugen oder zu korrigieren.
- Der Geltungsbereich der Leitlinien sollte auf Zulieferer und Unterakkordanten ausgedehnt werden.
- Die Transparenz im Rechnungswesen muss verstärkt, Steuermanipulationen vorgebeugt werden. Dazu sind Multis auf eine Rechnungslegung nach Ländern (Country-by-Country Reporting) zu verpflichten.
- Die Prozeduren im Falle von Klagen sind so zu gestalten, dass sich die Betroffenen besser einbringen können und ein ausgewogenes, transparentes Verfahren garantiert ist.

Zahnlose OECD-Richtlinien: Trotz Klagen gegen Xstrata und andere Firmen werden immer mehr Siedlungen von der weltgrössten Kohlenmine El Cerrejón (Kolumbien) verdrängt.



Foto: ASK/Stephan Suhner



Foto: Bruno Stöckli

Projekt des Gegenwertfonds in Oberägypten: ESDF unterstützte Bauern und Bäuerinnen dabei, ihre Felder selbst zu bewässern und korrupte Beamte auszuschalten.

*Rückgabe von Potentatengeldern*

# Die Krux mit den Millionentransfers

**Bruno Stöckli** Das Parlament diskutiert zurzeit ein neues Gesetz zur Rückführung von Potentatengeldern. Wie aber sicherstellen, dass das Geld tatsächlich der bestohlenen Bevölkerung zugutekommt? Die Erfahrungen aus dem schweizerischen Entschuldungsprogramm zeigen einen gangbaren Weg.

1,7 Milliarden Franken an Potentatengeldern repatriierte die Schweiz in den letzten 16 Jahren in Länder des Südens. Man vermutet, dass noch weitere gestohlene Milliarden auf Schweizer Nummernkonti schlummern. Nach offizieller Lesart sollen diese Gelder dem bestohlenen Volk zurückgegeben werden.

Aber wie soll das geschehen? Der Gesetzesentwurf zur Rückgabe von Potentatengeldern, der in der Sommersession vom Ständerat diskutiert wurde und im Herbst in den Nationalrat kommt, gibt darauf keine überzeugende Antwort. Unklar bleibt auch, was geschehen soll, wenn das betroffene Land kein Rechtshilfegesuch stellt – sei es, weil die Potentaten-Clans immer noch Einfluss haben. Oder weil die Regierung gar nicht an einer «Rückgabe ans Volk» interessiert ist, sondern das Geld anderswie einsetzen möchte.

## Schwierige «Rückgabe ans Volk»

Eine «Rückgabe ans Volk» ist oft alles andere als einfach. Werden zum Beispiel im betreffenden Land Projekte unterstützt, die im Budget bereits vorgesehen sind oder über andere Kanäle finanziert würden, ist der zusätzliche Nutzen gleich null. Schlimmstenfalls werden dadurch Mittel «frei», die nicht im Sinne der Bevölkerung investiert werden (etwa für militärische Aufrüstung oder andere unsinnige Projekte) oder auf Konten in Offshore-Zentren abfließen.

So weiss man nicht genau, was mit den von der Schweiz repatriierten 1,7 Milliarden geschehen ist, inwieweit die Bevölkerungen tatsächlich davon profitierten. Im Falle der knapp 500 Millionen Dollar der «Abacha-Gelder», die 2005 an Nigeria zurückgegeben wurden, betraute die Schweiz eine nigeriani-

sche Koalition von Nichtregierungsorganisationen mit der Überprüfung. Das war ein erster Schritt in die richtige Richtung. Allerdings ergab dieses Monitoring, dass ein beträchtlicher Teil der Gelder nicht der Bevölkerung zugute gekommen war.<sup>1</sup>

Der Fall zeigt, dass es nicht ausreicht, unabhängige Organisationen «im Nachhinein» mit der Überprüfung zu beauftragen. Gerade in Staaten, die kein transparentes Budget ausweisen, müssen Organisationen der Zivilgesellschaft in alle Phasen des Rückführungsprozesses eingebunden sein. Dazu aber braucht es einen geeigneten Mechanismus. Dabei könnte die Schweiz vom Konzept der Gegenwertfonds lernen, die das schweizerische Entschuldungsprogramm umsetzen.

### Erfolgsgeschichte Gegenwertfonds

1991 feierte die Eidgenossenschaft ihr 700-jähriges Bestehen. Das Parlament nahm dies zum Anlass, zusätzliche 700 Millionen Franken für Entschuldungsmassnahmen und Umweltprojekte im Süden zu bewilligen. Es kam damit der Forderung der Petition «Entwicklung braucht Entschuldung» nach, für welche die Hilfswerke 250 000 Unterschriften gesammelt hatten.

Wie aber das viele Geld einsetzen? Wie sicherstellen, dass die Entschuldungsmassnahmen tatsächlich der Bekämpfung der Armut, den armen Bevölkerungsschichten zugutekommen? Man hätte das Geld direkt an die Staatskasse überweisen können (als Budgetbeitrag für entwicklungsfördernde oder armutsmindernde Massnahmen). Oder man hätte es über die Schweizer Entwicklungsagenturen Deza und Seco einsetzen können. Die Verantwortlichen des Entschuldungsprogramms entschieden sich für eine dritte Option. Zum Zug kam der Vorschlag der Hilfswerke, vor Ort bilaterale Gegenwertfonds zu schaffen (siehe nebenstehenden Text).

Ende 2009 wurde der letzte der insgesamt zwölf Gegenwertfonds abgeschlossen. Die externe Schlussevaluation attestiert allen Fonds eine gute Zielgruppenerreichung.<sup>2</sup> Sie ergab keinerlei Anzeichen von Misswirtschaft oder Zweckentfremdung. Verglichen mit anderen Programmen der Entwicklungszusammenarbeit waren die Fonds auch äusserst kosteneffizient: Über 90 Prozent der Mittel flossen in Projekte. Zwar mussten die meisten Fonds zu Beginn Lehrgeld bezahlen, und es dauerte länger als erwartet, bis sie ihre Interventionsfelder und Projekte identifiziert hatten. Doch die Geduld hat sich gelohnt.

### Zielgruppenorientiert und flexibel

Was zeigen die Erfahrungen des Entschuldungsprogramms? Erstens, dass mit den Fonds Schuldenabbau und Armutsbekämpfung direkt miteinander verknüpft werden können. Die Fonds erwiesen sich als probate Instrumente, um zusätzliche bedeutende Beträge zweckgebunden zu kanalisieren: Allein der Fonds in Ägypten finanzierte Basisprojekte im Umfang von 100 Millionen Franken.

Zweite Erkenntnis: Fonds ist nicht gleich Fonds. Keiner der zwölf Entschuldungsfonds glich dem andern. Entwicklungsfonds sind anpassungsfähige Finanzierungskanäle, die Raum schaffen für massgeschneiderte Lösungen und innovative Projekte.

Schliesslich sind die Fonds ideal, um zivilgesellschaftliche Kräfte in die Ausarbeitung, Entscheidung und Umsetzung von Projekten und Programmen einzubinden. Sie stellen nicht nur sicher, dass die Mittel am richtigen Ort ankommen, sie fördern auch den vielbeschworenen «Multistakeholder-Dialog» im kleinen Massstab.

1 [www.aktionfinanzplatz.ch/pdf/kampagnen/potentatengelder/nigeria/PEMFAR\\_SHADOW\\_REPORT.pdf](http://www.aktionfinanzplatz.ch/pdf/kampagnen/potentatengelder/nigeria/PEMFAR_SHADOW_REPORT.pdf)

2 [www.alliancesud.ch/de/expertise/publikationen/gegenwertfonds](http://www.alliancesud.ch/de/expertise/publikationen/gegenwertfonds)

*Flexibel und lokal angepasst*

## Gegenwertfonds in der Praxis

Mitte der 90er-Jahre verhandelte die Schweiz mit zwölf Regierungen des Südens über die Bedingungen eines bilateralen Schuldenerlasses (Schulden bei der Exportrisikogarantie ERG). Die Schweiz offerierte einen vollständigen Verzicht auf ihre Forderungen. Im Gegenzug sollten die Regierungen des Südens einen Teil ihrer Schulden als «Gegenwert» in einen bilateralen Fonds einzahlen, mit dem Projekte der Armutsbekämpfung finanziert wurden. Bei «reicheren» Entwicklungsländern war dieser Gegenwertanteil höher als bei ärmeren (Ägypten: 60 Prozent der Forderungen, Sambia: 8 Prozent). Insgesamt setzten die zwölf Gegenwertfonds gegen 300 Millionen Franken zur Armutsbekämpfung ein.

Wie das Geld eingesetzt werden soll, wurde vor Ort und entsprechend den lokalen Bedingungen bestimmt. Örtliche NGOs wurden in die Entscheidungsprozesse eingebunden, von Seiten der Schweiz auch eine vom Bund finanzierte Stelle bei Alliance Sud (Entschuldungsstelle). Entstanden sind so zwölf Fonds mit sehr unterschiedlichen Finanzierungsinstrumenten. In Senegal und der Elfenbeinküste setzte man auf Mikrokredite und die Förderung des Kleinstgewerbes, in Ägypten auf umweltverträgliche Infrastrukturprojekte in marginalen Gebieten, lateinamerikanische Fonds unterstützten soziale Projekte.

Ein Gremium mit VertreterInnen beider Staaten zeichnete für die zweckgebundene Verwendung der Mittel verantwortlich. Mit der Prüfung, Selektion und Begleitung der Projekte wurde ein technisches Komitee beauftragt, in der Regel zusammengesetzt aus lokalen VertreterInnen von NGOs, dem Privatsektor und den zuständigen Ministerien. Der Einbezug der Zivilgesellschaft hat sich bewährt. Der Gegenwertfonds in Senegal beispielsweise ist heute eine Stiftung, in der – einmalig für das westafrikanische Land – NGOs, Privatwirtschaft und Regierung zusammenarbeiten und die so auch als Plattform des Dialogs funktioniert.

*Bruno Stöckli*

«Eine ‹Rückgabe ans Volk›  
ist oft alles andere als einfach.»



**Alliance-Sud-Dossier zur Fussball-WM**  
«Ke nako» heisst der offizielle Slogan der Fussball-WM in Südafrika. Er bedeutet in der Sprache der Sotho: «Es ist Zeit». Das Dokumentationszentrum von Alliance Sud hat ihn sich zu Herzen genommen und ein elektronisches Dossier mit Hinweisen auf gehaltvolle Informationen zum Land am Kap, seinen Menschen und seiner WM erstellt. [www.alliancesud.ch/de/dokumentation](http://www.alliancesud.ch/de/dokumentation)

**European Social Watch Report**  
Europäische Mitglieder des Netzwerks Social Watch haben erstmals einen eigenen Social Watch Report herausgegeben. Die Beiträge drehen sich alle um das Thema «Migrants in Europe as Development Actors – Between Hope and Vulnerability». [www.socialwatch.eu](http://www.socialwatch.eu)

## Karussell

— Ende Juni verlässt **Valérie Trachsel** Fastenopfer. Sie betreute dort unter anderem die Kampagne «High Tech – No Rights?». Ihre Stelle übernimmt **Philipp Rohrer**. Bei Swissaid ist **Pia Hafner**, langjährige Mitarbeiterin des Verlags Orell Füssli, für Mayor Donor Fundraising zuständig.

— Bei Helvetas besetzt **Markus Guler** die neu geschaffene Stelle als Datenbankmanager. **Stefan Urech** übernimmt die ebenfalls neue Stelle als Product Manager Kunsthandwerk im Helvetas FairShop. **Lisa Krebs**, Koordinatorin Freiwilligenarbeit und Aktionen, verlässt Helvetas und beginnt das ETH-Nachdiplomstudium für Entwicklungsländer (Nadel). Bei HEKS arbeitet neu **Claudia Niederer** als interimistische Programmbeauftragte im Bereich Ausland und **Angela Fässler** als Journalistin/Redaktorin im Bereich Kommunikation.

— Bei Caritas wechselt **Esther Belliger** von der Abteilung Asien in die Abteilung Afrika/Lateinamerika, wo sie für Guatemala, Mexiko und Brasilien verantwortlich zeichnet. **Martin Jaberg**, bisher Chefdelegierter Singkil/Indonesien (Katastrophenhilfe) ist neuer Chefdelegierter für Aceh/Indonesien.

# Bedauernswerter Blickwechsel

Das altherwürdige «Schweizerische Jahrbuch für Entwicklungspolitik» ist durch eine neue Zeitschrift ersetzt worden. Sie setzt sich nur noch am Rande mit der schweizerischen Politik auseinander.

«Revue internationale de politique de développement» heisst die Zeitschrift, die das Genfer The Graduate Institute (IHEID) diesen Frühling erstmals herausgegeben hat. Im Gegensatz zum alten Jahrbuch, das von 1981 bis 2008 erschien, richtet sie sich an ein internationales Publikum. Die deutsche Ausgabe wurde durch eine englische ersetzt.

Die Neuausrichtung schlägt sich auch im Inhalt nieder. Themen und Fragestellungen, die sich mit der Schweizer Entwicklungspolitik beschäftigen, sind stark zurückgedrängt worden. Das Schwerpunktthema der ersten Ausgabe ist 50 Jahre Unabhängigkeit in Afrika gewidmet. Von den sechs Aufsätzen setzt sich einer mit den Beziehungen der Schweiz mit dem Kontinent auseinander. Die anderen beschäftigen sich unter anderem mit dem Erbe der französischen und

britischen Kolonialherrschaft, der Entwicklungshilfe der beiden Ex-Metropolen und einem Vergleich zwischen Elfenbeinküste und Ghana.

Auch in der Rubrik «Revue annuelle» kommt die Schweizer Politik nur noch am Rande vor. Am augenfälligsten aber ist der Wechsel im statistischen Teil. Führte früher ein spezieller Jahrbuch-Band detaillierte Chronik über die bilaterale und multilaterale Süd-Politik der Schweiz, begnügt sich die neue Zeitschrift mit einigen Schaubildern zur Hilfe an Afrika und der OECD-Entwicklungszusammenarbeit.

Auch wenn die einzelnen Aufsätze in der neuen Zeitschrift durchwegs fundiert und lesenswert sind: Wer sich mit der schweizerischen Entwicklungspolitik beschäftigt, wird das alte Jahrbuch vermissen.

*Pepo Hofstetter*

*Revue internationale de politique de développement, Nr. 1, 2010: Afrique: 50 ans d'indépendance. Hrsg.: The Graduate Institute IHEID, Genf. 268 S., Fr. 59.–, [www.ih eid.ch](http://www.ih eid.ch)*

Er ersetzt dort **Peter Eppler**, der Chefdelegierter Haiti wird. Caritas verlassen haben **Monique Frey** (Programmverantwortliche, Europa/GUS), **Gisela Wattendorf** (Lateinamerika) und **Fabio Molinari** (Tsunami, Südindien). Im Bereich Grundlagen von Caritas leitet neu **Regula Heggli** die Sozialpolitik.

— Neue Programmverantwortliche Zentralamerika des Schweizerischen Arbeiterhilfswerks (SAH) ist ab August **Anja Ibken-danz**, bisher Institut für Marktökologie. **Rebecca Allensbach**, bisher für Nicaragua zuständig, verlässt das SAH und wird Mutter. Auch **Claude Nicolet**, Programmverantwortlicher Serbien, verlässt das SAH und wird Gymnasiallehrer. Seine Aufgabe übernimmt zusätzlich **Cyrrill Rogger**, der bereits für die Programme in Kosovo und Palästina verantwortlich zeichnet. **Martina Bavier**, Programmverantwortliche Burkina Faso, wird (früh-)pensioniert. Ihre Aufgabe übernimmt **Barbara Burri Sharani**, die bisher an der Hochschule für Soziale Arbeit in Luzern das Kompetenzzentrum für Migration und Entwicklungszusammenarbeit leitete.

— Bei der Deza wird **Armin Rieser**, bisher Kobü Skopje (Mazedonien), neuer Programm-

beauftragter in der Abteilung Südasiens. **Gabriela Spirli**, bisher stv. Koordinatorin im Kobü Hanoi, wechselt als Programmbeauftragte in die Sektion Analyse & Politik. **Lothar Seethaler**, früher Fastenopfer, wird Koordinator im Programmbüro der Humanitären Hilfe in Bukavu (Kongo). **Christoph Jakob**, bisher für die Sektion Wasserinitiativen für die Kontakte zum WEF zuständig, betreut neu in der Abteilung Globale Institutionen die Unicef. **Pierre Maurer**, bei der Sektion Analyse und Politik für die Beziehungen zum DAC/OECD verantwortlich, wird Erster Mitarbeiter an der Schweizer Botschaft in Pristina (Kosovo). Seine Stelle in Bern übernimmt **Patrick Egli**, bisher Uno-Bevölkerungsfonds UNFPA in New York. **Thomas Stauffer** leitet neu das Büro für den Erweiterungsbeitrag in Bukarest, und **Dominique Crivelli**, bisher für UNFPA in Nicaragua tätig, wird neuer Programmbeauftragter Qualitätssicherung beim Stab des Bereichs Regionale Zusammenarbeit

— Beim Seco wechselt **Markus Schrader**, bisher Bereich Förderung des Handels mit Entwicklungsländern, als Leiter wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit nach Südafrika.

# Wege aus dem Ressourcenwahn



Jahrbuch Ökologie 2010 – Umwälzung der Erde. Konflikte um Ressourcen. Hirzel Verlag; Stuttgart 2009; 248 S.

Öl, Wasser, Land, Metalle werden immer knapper. Entsprechend verschärfen sich die Konflikte um natürliche Ressourcen. Das «Jahrbuch Ökologie 2010» analysiert unter dem Titel «Umwälzung der Erde» diesen

Wettlauf und die Folgen der gnadenlosen Ausbeutung. Anhand einer «Topografie der Entzündlichkeit der Welt» zeigt es die Herde gewalttätiger Ressourcenkonflikte.

Könnte Recycling eine Lösung sein? Als Möglichkeit wird beispielsweise «Urban mining» diskutiert, die Rückgewinnung seltener Mineralien aus den Abfallbergen der Millionenstädte. Kritisch analysiert das Jahrbuch die Ausfuhr von ausgedienten Autos und Elektronikgeräten in Länder des Südens und die ökologischen und sozialen Nachteile dieser Exportwirtschaft.

«Jahrbuch Ökologie 2010» bietet eine Fülle spannender Denkanstöße und zeigt Wege aus der Ressourcen-Krise auf, etwa mit mehr Transparenz und Verantwortlichkeit im Rohstoffsektor.

Das Buch ist ausleihbar. Signatur: Oe/70.10

### Bergbau und Communities

Das von NGOs vorab aus dem Süden betriebene Portal bietet Informationen zu den sozialen, ökonomischen und ökologischen Folgen des Bergbaus auf die lokale, oft indigene Bevölkerung. Die Datenfülle ist übersichtlich geordnet und thematisch gut erschlossen. [www.minesandcommunities.org](http://www.minesandcommunities.org)

### Publish what you pay

Bereits in 70 Ländern setzt sich diese NGO-Kampagne für mehr Transparenz in der Bergbauindustrie ein. Korruption soll verhindert und die Regierungen sollen gezwungen werden, ihre Einnahmen für soziale Entwicklung einzusetzen.

[www.publishwhatyoupay.org](http://www.publishwhatyoupay.org)

### Kampagne für Rohstoffgerechtigkeit

Europäische und afrikanische NGOs und Wissenschaftsinstitute haben sich zu dieser Kampagne zusammengeschlossen. Die Website enthält interessante Dossiers, etwa zum Uranabbau, den Blutdiamanten oder China in Afrika.

[www.fataltransactions.org](http://www.fataltransactions.org)

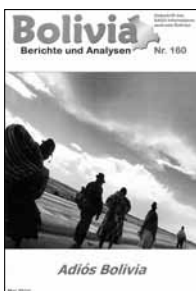
### Alliance-Sud-Katalog

Mit den Schlagworten «Rohstoff» oder «Konflikt» finden Sie Fachartikel und Bücher aus dem Bestand des Dokumentationszentrums von Alliance Sud.

<http://katalog.alliancesud.ch>

Verantwortlich für diese Seite: Dokumentationszentrum Bern

## Zeitschriften-Lese(n)



### Adiós Bolivia

Bolivien-Interessierte werden «Bolivia» vermissen, die mit Nummer 160, Mai 2010, letztmals erscheint. Zum Abschied gibts einen Rückblick auf einzelne Phasen des über 30-jährigen Bestehens der Zeitschrift. Dieser reflektiert gleichzeitig wichtige politische Etappen Boliviens. Zudem bietet das Heft wie gewohnt Analysen zur Lage im

Land. Speziell erwähnt sei der Beitrag zum beginnenden Lithium-Abbau, an dessen Erträgen die Bevölkerung beteiligt sein will. [www.bolivia-info.de](http://www.bolivia-info.de)

### Zivilgesellschaftliche Lupe auf Indiens Verfassung

Die Verfassung Indiens, die heuer 60 Jahre alt wird, gilt als eine der besten der Welt. Das Jubiläum veranlasst «Südasiens», in Heft 2, Mai 2010, Verfassungsanspruch und -realität aus der Perspektive der indigenen Bevölkerung zu vergleichen – mit ernüchterndem Fazit. Frauen- und Kinderrechte, religiöse Diskriminierungen, die Folgen der Globalisierung für die Marginalisierten sind weitere Themen des Indien-Schwerpunktes.

[www.asienhaus.de](http://www.asienhaus.de)

## Dokumentationszentrum Bern – wo Sie mit Ihrer Informationssuche richtig sind:

### Standort

Monbijoustrasse 31,  
3011 Bern

### Telefon

031 390 93 37

### E-Mail

[dokumentation@alliancesud.ch](mailto:dokumentation@alliancesud.ch)

### Internet

[www.alliancesud.ch/dokumentation](http://www.alliancesud.ch/dokumentation)

1531 Mrd.

Zahlen und Fakten

2009 wurden weltweit 1531 Milliarden US-Dollar für Militärausgaben aufgewendet, fast 6 Prozent mehr als im Vorjahr.

265,5 Mrd.

265,5 Milliarden US-Dollar gaben die OECD-Länder 2008 für Landwirtschaftssubventionen aus. Davon entfielen rund 150 Milliarden auf die EU.

119,5 Mrd.

119,5 Milliarden US-Dollar betrug die Entwicklungshilfe der OECD-Länder 2009, durchschnittlich 0,48 Prozent des Bruttonationaleinkommens.



## Dein Handy, das unbekannte Wesen

In der Schweiz haben 93 Prozent der 15- bis 25-Jährigen ein Handy. Während die Jugendlichen die verschiedenen Funktionen ihres Geräts kennen dürften, lenkt das Falblatt den Blick auf globale Auswirkungen von Produktion und Gebrauch von Handys, auf die an der Herstellung beteiligten Akteure, gesundheitliche Risiken oder das Recycling der Materialien. Auch räumliche und zeitliche Dimensionen wie der digitale Graben, das Antennennetz, die Geschichte des Telefons oder die Lebenszeit eines Handys werden dargestellt.

### Hallo, wo bist du?

Dein Handy – das unbekannte Wesen

Falblatt, 8 Seiten, ab 7. Schuljahr

Hrsg. von Alliance Sud, EvB, terre des hommes schweiz

Bestelladresse: Stiftung Bildung und Entwicklung, mail@globaleducation.ch

Begleitmaterial unter [www.alliancesud.ch/de/lernmedien/hallo-wo-bist-du](http://www.alliancesud.ch/de/lernmedien/hallo-wo-bist-du)